

Wochenblatt

für Zschopau und Umgegend

Zschopauer Tageblatt u. Anzeiger

Das „Wochenblatt für Zschopau und Umgegend, Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“, erscheint wöchentlich. Monatlicher Bezugspreis 1,70 RM. Zustellgeb. 20 Pfg. Bestellungen werden in und außerhalb des Landes, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Das Wochenblatt für Zschopau und Umgegend (Zschopauer Tageblatt und Anzeiger) ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zschopau, des Finanzamts und des Stadtrats in Zschopau bestellbar bestimmte Blatt.
Bankkonten: Erzgebirgische Handelsbank e. G. m. b. H. Zschopau, Gemeindefonten: Zschopau Nr. 41
Volkskonten: Leipzig Nr. 42884 — Fernsprecher Nr. 712

Anzeigenpreise: Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 90 mm breite Millimeterzeile im Hochformat 25 Pf.; Nachschlageliste A: Nachweis 25 Pf.; Anzeigengebühren 30 Pf. zuzüglich Porto.

Organ für die Orte: Krumbrechtsdorf, Waldkirchen, Börschen, Schindorf, Willichthal, Weißbach, Dittersdorf, Gornau, Dittmannsdorf, Wilschdorf, Schartenstein, Schönboden, Vorländerdorf

Nr. 78

Dienstag, den 2. April 1935

103. Jahrgang

Eden verhandelt jetzt in Warschau

Ein „Times“-Bericht über die Unterredung mit Stalin

Der englische Lordsegelembewahrer Eden will nach Beendigung seines Moskauer Aufenthaltes nun zu Verhandlungen mit der polnischen Regierung in Warschau. Von Warschau wird sich Eden nach Prag und dann mit dem King nach London begeben, um der englischen Regierung Bericht über seine Reise zu erstatten.

In Warschau werden die europäischen Schwierigkeiten wieder stärker in Erscheinung treten als in Moskau, wo ein Staat, der zur Zeit auf Eroberungen verzichtet und seine Existenz sichern will, natürlich wesentlich einfachere Erklärungen gegenüber dem englischen Minister abgeben konnte als etwa Deutschland, das die Sowjetunion ohne weiteres zugefallene Gleichberechtigung sich erst erkämpfen muß.

Der amtliche Bericht, der über die Moskauer Verhandlungen Edens herausgegeben wurde, stellt die Übereinstimmung Englands und Sowjetlands auf vielen Gebieten der Politik fest. Ausschlaggebend ist der Ton, der von der freundschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder bei der kollektiven Organisation des Friedens und der Sicherheit spricht.

In der Frage des Ostpakt scheint es nicht zu einer Einigung gekommen zu sein.

Wenn es heißt in der amtlichen Verlautbarung: „In der Unterredung mit Stalin betonten Stalin, Molotow und Litwinow, daß die Organisation der Sicherheit in Osteuropa und der vorgelebene Pakt zu gegenseitiger Unterstützung nicht die Isolierung oder Einschränkung irgendeines Staates bezwecken, sondern die Schaffung der Garantie gleicher Sicherheit für alle Teilnehmer, und daß die Teilnahme Deutschlands und Polens an dem Pakt als beste Lösung der Frage begrüßt werden würde.“ Der Engländer scheint also hier keine Bindungen eingegangen zu sein.

Die „Times“ berichten über die Unterredung zwischen Eden und Stalin, Eden habe auf die Frage, ob eine Kriegsgefahr bestehe, geantwortet, sie sei seiner Ansicht weniger groß als 1914, während Stalin der gegenteiligen Auffassung gewesen sei. Stalin habe erklärt, daß 1914 nur Deutschland eine Kriegsgefahr gebildet habe, während es jetzt zwei Nationen seien, nämlich Deutschland und

Japan. Begleitend fügt der Korrespondent aber hinzu, daß Stalin erklärt habe, ein Versuch, Deutschland niederzuhalten, werde vergeblich bleiben. Abgesehen habe Eden in Moskau ein tiefgehendes Mißtrauen gegen die englische Politik vorgefunden, aber es sei ihm gelungen, dieses Mißtrauen zu beschwichtigen.

Die Gefahren des Ostpakt.

Man darf annehmen, daß Lordsegelembewahrer Eden in diesem Zusammenhang der Sowjetregierung bei dem Bericht über Berlin die Auffassung der englischen Regierung von dem unbedingten Friedenswillen des nationalsozialistischen Deutschlands besonders nahegelegt hat. In den Berliner Verhandlungen sind außerdem durchaus positive Möglichkeiten für die Organisation des Friedens zutage getreten. Sie sind hoffentlich auch in Moskau von englischer Seite deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Deutschland ist für die Organisation der Sicherheit, kann aber die Bedenken gegen das in dem Londoner Kommuniqué ausgesprochene Kollektivsystem, das auch in der Moskauer Mitteilung wieder erwähnt wird, nicht aufgeben. Es bestehen trotz aller angebotenen Vorteile gegen dieses Kollektivsystem und besonders gegen den Ostpakt besondere Bedenken, weil keine Garantie für die Reinhaltung der Paktpunkte gegenüber militärischen Sonderbündnissen besteht. In den Erklärungen französischer Minister und in gewissen Äußerungen von sowjetrussischer Seite ist in einem solchen Umfang von der Notwendigkeit besonderer Bündnisse zwischen Frankreich, Sowjetrußland und der Tschechoslowakei gesprochen worden, daß die

Gefahr der Verquickung der Paktgedanken mit einseitigen Bündnissen sehr groß ist. Auf der anderen Seite hat der kollektive Charakter z. B. des Memelstatuts nichts daran geändert, daß eine einseitige Gewaltpolitik von Litauen im Memelgebiet gerichtet werden kann. Deutschland hat also erhebliche Gründe für die Ablehnung der Paktgedanken in der Form, wie sie in dem Londoner Kommuniqué festgelegt, zum Teil in dem Moskauer Kommuniqué wiederholt worden sind.

beiden Seiten ihren berechtigten Ehrgeiz lassen, denn er allein ist der Motor für die Entwicklung der Nation. Aber wir wollen, daß die Menschen nicht fruchtlos unterwürdig und verängstigt ans Werk gehen. Wer etwas leistet, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, zu fordern. Wir wollen die Interessen gerecht vertreten, wollen beiden Seiten ein ehrlicher Makler sein. Aber die Forderungen der einen wie der anderen Seite haben da aufzuhören, wo die Interessen der Gemeinschaft beginnen.

Wenn der Arbeiter einsichtig genug ist, ein Opfer zu bringen, so gilt das gleiche auch für den Unternehmer. Wenn alle erst wieder Arbeit haben werden, werden wir auch in der Lage sein, das Lebensniveau und den Lebensstandard des Volkes insgesamt zu heben.

So wollen wir nun in einer gigantischen, freien Wahl der Welt beweisen, daß sich die Deutsche Arbeitsfront tatsächlich in die Herzen der schaffenden Menschen eingetieft hat. So bitte ich euch, Arbeiter und Unternehmer, zu bedenken: Ihr wählt nicht uns, ihr wählt Menschen, die euer Vertrauen haben, ihr wählt euch selber. Ihr wählt Deutschland, euer Schicksal!

Die Signatarmächte fordern Wiederherstellung der Memelautonomie.

Bedeutende Erklärung Simons im englischen Unterhaus.

Im englischen Unterhaus wurde Außenminister Sir John Simon gefragt, welchen Schritt England gemeinsam mit den anderen Unterzeichnermächten des Memelstatuts in Kovno unternommen habe. Außenminister Sir John Simon erwiderte:

„Wie bereits in der Antwort am 18. März zum Ausdruck gebracht worden ist, sind kürzlich durch die englische Regierung, die französische Regierung und die italienische Regierung bei der litauischen Regierung Vorstellungen erhoben worden. Im Verlauf dieser Vorstellungen ist die litauische Regierung dahin unterrichtet worden, daß die gegenwärtige Lage im Memelgebiet, in dem sich kein Direktorium befindet, das das Vertrauen des Landtages besitzt, unveränderbar ist mit dem Grundsatze der dem Memelgebiet durch das Statut gewährtesten Autonomie und daß es die Pflicht der litauischen Regierung ist, diesen Zustand unverzüglich zu beenden.“

Die Danziger Wahl

Erklärungen des Gauleiters Forster

Der Danziger Gauleiter Forster äußerte sich in einer Unterhaltung dem Reichspropagandachef der NSDAP, Dr. Dietrich, gegenüber über die Wahlen, die die NSDAP mit den Danziger Volkswahlen am kommenden Sonntag verfolgt.

Gauleiter Forster erklärte u. a., daß es für die Danziger Regierung darauf ankomme, die wahre Volksmeinung in Danzig zu ermitteln. Die Regierung wünsche nichts anderes, als die guten ihrer Politik so weiterzuführen, wie sie vor zwei Jahren zum Wohl Danzigs und in Übereinstimmung mit den Verträgen begonnen worden sei. Die Freiheit der Meinungsäußerung werde nicht angetastet werden. Die Danziger Regierung habe den Wunsch, die guten Beziehungen zu Polen weiteranzuknüpfen, Zehnjährigkeitsverträge werde erwartet, daß auch Polen aufrichtig bemüht bleibe, die Lebensrechte der freien Stadt Danzig auf allen Gebieten zu wahren. Die Danziger Regierung könne die Verträge nicht ändern; aber ebensowenig könne und wolle die Danziger Regierung dem deutschen Völkern und Tanten der Danziger Demagogen bereiten. Der Ruf „Zurück zum Reich!“ sei als Ausdruck innerlicher Verbundenheit mit dem deutschen Volkstum und deutscher Natur anzusehen. Die Wahl werde deshalb durchgeführt, weil die gegnerischen Parteien fortgesetzt in unerträglicher und ungerechtfertigter Weise beim Völkerringen dummieren und der Regierung die Arbeit erschweren. Das Volk solle entscheiden, von wem es regiert sein wolle. Die Behauptungen der Gegner, daß in Danzig bereits Schiffe mit Waffen und Munition bereitstünden, um Danzig nach der Wahl mit Gewalt zum Reich zurückzuführen, seien bezeichnend für die geistige Verfassung und Struppeltätigkeit der Mittel der Gegner.

Die Arbeit ist ein Segen!

Dr. Ley eröffnet den Versammlungsfeldzug für die Vertrauensratswahlen

Der Versammlungsfeldzug der Deutschen Arbeitsfront für die Vertrauensratswahlen wurde Montag mittag von Reichsorganisationsleiter und Leiter der DAF, Dr. Ley, mit einer Vertriebskundgebung in den Berliner Siemenswerken eröffnet. Dr. Ley sprach zu 40.000 Betriebsangehörigen von der Halle des Segalwerkes aus.

Dr. Ley führte u. a. aus: Die Welt schaut auf uns und kann es nicht fassen, wie es möglich ist, daß in einem Lande, in dem jahrzehntelang die erbittertesten Wirtschaftskämpfe geführt worden sind, mit einemmal Ruhe und Wirtschaftsfrieden herrschen.

Man hat gesagt, das sei nur mit Gewalt und Terror erreicht worden; es werde keinen inneren Halt haben, es werde wieder die Zeit kommen, wo der Arbeiter sich aufbäume und der Zusammenhalt der Deutschen aufhöre. Meine lieben Arbeiter und Arbeiterinnen! Wer mit mir die Fabri nach Mauthausen machen konnte, hat gesehen wie die Welt gerade auf dieses Beispiel der Zusammengehörigkeit schaute, wie die Fremden es einfach nicht begreifen konnten, daß ein neues Volk sich aus Niederbrut und Schande emporhebt.

Wir wollen ein glückliches Volk, ein Volk, das die Arbeit nicht als Last, sondern als Segen empfindet und seinen gerechten Lohn erhält.

Wir wollen unser Volk stark machen für seinen Schicksalskampf. Wir wollen, daß nicht Haß, Neid und Mißgunst die Menschen beherrschen, sondern daß Lebensbejahung, Lebensfreude, Licht und Sonne die Menschen froh macht. Aber allem steht uns als oberstes Gesetz: Das Leben des einzelnen hat nur Sinn in der Einordnung in die Gemeinschaft. Wer fordert, muß zuerst auch geben und opfern.

Wir wollen die Bahn frei machen, damit jeder nach

seiner Leistung zum Segen der Gesamtheit emporsteigen kann!

Wir sind nicht so töricht, zu glauben, daß man die Interessenegensätze aus der Welt schaffen kann. Wir wollen



Dr. Ley bei der großen Vertriebskundgebung in den Siemenswerken.